

sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/164

29. August 1974

Politik-Unterricht für zwei CDU-MdB

Fazit aus einer Diskussion über die "Materialien"

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 1 / 37 Zeilen

Die Union arbeitet mit Unwahrheiten

Räubergeschichten für den Landtagswahlkampf

Von Dr. Horst Schmidt MdL

Hessischer Sozialminister

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Plagiate und Platitüden

Bemerkungen zur "Zwischenbilanz" der Stuttgarter
CDU-Landesregierung

Seite 4 / 43 Zeilen

Eine Investition für die Zukunft

Berlin-Tegel wird Zentralhafen für den Luftverkehr

Von Dr. Karl König

Senator für Wirtschaft von Berlin

Seite 5 und 6 / 80 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-16
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 30 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Str. 2 · 109-112 Telefon: 376811

Politik-Unterricht für zwei CDU-MdB

Fazit aus einer Diskussion über die "Materialien"

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Den CDU-Abg. Dr. Olaf von Wrangel und Dr. Manfred Abelein muß man hin und wieder klarmachen, was der Unterschied ist zwischen Politik und ihren Richtlinien und der wissenschaftlichen Feststellung der politischen Wirklichkeit. von Wrangel faßelt über einen "klaren Bruch in der Kontinuität" der seit 1968 jährlich vorgelegten "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation", nur weil die Bundesregierung nicht daran denkt, sich mit den Forschungsergebnissen der wissenschaftlichen Kommission zu identifizieren. Das hat sie früher auch nicht getan. Wo käme die Regierung denn hin, würde sie, ähnlich wie die CDU/CSU bei den Verfassungsrichtern, bei den Wissenschaftlern Anleihen für ihre politische Urteilskraft aufnehmen!

Diese Bundesregierung wird sich ihrer Verantwortung vor nationalen Fragen nicht entziehen. Sie wird sich die jetzige Opposition nicht als Beispiel nehmen, die - im Gegensatz zu den Sozialdemokraten - seit 1949 unter dem Mantel aufgebauschter nationaler Phrasen eine Politik der Mißachtung politischer Realitäten und seltener Chancen zur Lösung der deutschen Frage betrieb. Die CDU/CSU war bis 1968 noch nicht einmal bereit, eine objektive, von Soziologen, Politologen und Historikern durchzuführende Erhebung der deutschen Zustände anzuregen.

Die "Materialien" enthalten wissenschaftliche Aussagen über die Verhältnisse in der Bundesrepublik und in der DDR; sie sind eine exakte Beschreibung dessen, was ist. Unsere Bundesregierung wäre übel beraten, würde sie dem primitiven Stil der beiden deutschlandpolitischen Sprecher der Opposition folgen und ihre Deutschlandpolitik durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse ersetzen.

Keines der Mitglieder der wissenschaftlichen Kommission hat jemals den Anspruch erhoben, der Bundesregierung politische Richtlinien vorschreiben zu wollen, wie auch die Bundesregierung aus ihrer politischen Kompetenz heraus nie überheblich war gegenüber dem Urteil der Wissenschaftler. Die Bundesregierung wird ihr Urteil schon abgeben und dabei gewiß nicht auf die außerordentlich beachtenswerten Forschungsarbeiten der wissenschaftlichen Kommission verzichten.

Den CDU-Abg. von Wrangel und Dr. Abelein, die sich schon jetzt der Diskussion der "Materialien" verschließen, empfehle ich, die Ergebnisse der Kommissionsarbeit nicht nur zu lesen, sondern zu studieren. Sollten sie dabei den qualitativen Unterschied zwischen Politik und Wissenschaft nicht auch an sich selbst erfahren, können sie ja dieserhalb eine neue Normenklage vom Zaune brechen.
(-/29.8.1974/bgy)

+ + +

Die Union arbeitet mit Unwahrheiten

Rübergeschichten für den Landtagswahlkampf

Von Dr. Horst Schmidt MdL
Hessischer Sozialminister

Mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern haben die Unions-Parteien termingerecht ihre bewährten Gespenster aus der Requisitionenkammer geholt. Daß die böse Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition ein Glanzstück im Mummenschanz der Union abgibt, ist nahezu selbstverständlich. Und so vergeht kein Tag, an dem nicht die Oppositionspartei versuchen würde, das alte Thema in neuer Verpackung wieder aufzutischen. Das geschieht ohne Rücksicht auf die Menschen in der DDR, ohne Rücksicht auf internationale Entwicklungen. CDU und CSU, die in mehr als zwanzig Jahren außer fruchtlosen Protest-resolutionen nichts zu bieten hatten, bleiben sich treu. Das jüngste zugleich in Bonn und Wiesbaden inszenierte Stück offenbart, welcher un-sauberen Methoden und Mittel sich dabei CDU und CSU bedienen.

Da wird plötzlich dem Sozialminister und der ganzen hessischen Landesregierung unterstellt, sie hätten den Bundesgrenzschutz diffamiert. Kein Wort daran ist wahr. Es bestand auch keinerlei Anlaß dazu. Da behauptet die Opposition, das Land Hessen habe die Zuschüsse für Fahrten an die Grenze zur DDR gestrichen. Kein Wort daran ist wahr. Keine einzige Mark wurde gestrichen. Da wartet die CDU/CSU mit der Version auf, das Land Hessen wollte Informationen über die DDR verhindern. Das Gegenteil ist wahr. Zusammen mit dem Bundesgrenzschutz wird versucht, die Informationen über die DDR für die Besucher an der Grenze zu verbessern.

Und das ist der Ausgangspunkt: Ein Vertreter des Landesjugendamtes informierte in einem dienstinternen Bericht das hessische Sozialministerium darüber, daß er an einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung teilgenommen habe, auf der von seiten der Grenz-Landkreise die Betreuung und Information von Besuchergruppen an der Grenze durch den Bundesgrenzschutz negativ beurteilt worden sei. Dazu wurden einige dort

geäußerte kritische Worte in indirekter Rede zitiert. Mit keinem Wort wird diese Kritik übernommen. Das Landesjugendamt verweist lediglich darauf, daß als Voraussetzung für die finanzielle Förderung derartiger Fahrten an die Grenze vom zuständigen Grenz-Landkreis ein Programm zusammengestellt werden muß, wie es ein Merkblatt des Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen vorschreibt.

Die CDU/CSU kennt diese Tatsachen. Sie weiß also, daß sie falsche Behauptungen in die Welt setzt, um im Wahlkampf für sich Stimmung zu machen. Die Opposition weiß auch, daß zwischen den Teilnehmern der Tagung und dem Bundesgrenzschutz schon längst Besprechungen mit dem Ziel anberaunt wurden, der damals geäußerten Kritik nachzugehen und die Informationsarbeit dort zu verbessern, wo es möglich ist. Diese Tatsachen hat die CDU/CSU verschwiegen, denn ihre Veröffentlichung würde ihrer Kritik jeden Boden entziehen.

Ich halte diese Methoden der Unions-Parteien für verwerflich und selbst im Wahlkampf für nicht entschuldbar. Die Opposition im Deutschen Bundestag und im hessischen Landtag hat die Behandlung dieser Angelegenheit im Parlament gewünscht. Sie kann sicher sein, daß sie dort die richtige Antwort erhält. Sich selbst haben CDU und CSU einen Bärendienst erwiesen. Wer so blindwütig agitiert und in so gravierender Weise die Wahrheit auf den Kopf stellt, büßt auch in den Augen des Wählers bald jede Glaubwürdigkeit ein. Und er offenbart zudem, daß er nicht die Reife und das Verantwortungsgefühl besitzt, in Bonn oder in Wiesbaden Regierungsverantwortung zu übernehmen. Für Dreggers CDU kommt noch der peinliche Umstand hinzu, daß sie mit bundespolitischen Themen in die hessischen Landtagswahlen ziehen muß, weil sie in diesem Bundesland mit keiner landespolitischen Alternative zur erfolgreichen Arbeit der sozialliberalen Landesregierung aufwarten kann.

(-/ 29.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Plagiate und Plattitüden

Bemerkungen zur "Zwischenbilanz" der Stuttgarter CDU-Landesregierung

Wenn in einer politischen Veröffentlichung von 30 schmalen Seiten ein dutzendmal das Wort "Plan" oder "Planung" in verschiedenen Kombinationen (z.B. Kindergartenentwicklungsplan, Erholungsplanung, Krankenhausbedarfsplan) vorkommt, wenn darin außerdem von einer "Gesellschaft von mündigen Bürgern", von "Humanisierung der Arbeitswelt" und von der "sozialen Chancengleichheit aller Kinder" die Rede ist, dann reibt sich der erstaunte Leser die Augen und fragt sich: Sind hier wirklich nicht "Sozialisten am Werk" (wie der ehem. CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Barzel besorgt zu warnen pflegte), ist das wirklich eine Publikation der christdemokratischen Landesregierung von Baden-Württemberg?

Kein Zweifel, es ist so. Der Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger verbürgt's mit Unterschrift und Bild, und es handelt sich um den Rechenschaftsbericht seiner Regierung zur 1. Hälfte der Legislaturperiode mit der Überschrift "Gesagt - Getan". Wer bei diesem Titel etwas läuten hört, der sei daran erinnert, daß im Herbst 1970 das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Broschüre mit eben diesem Namen vorgelegt hatte. Wer wird in Fragen des geistigen Eigentums schon so pingelig sein, nachdem Dr. Filbinger schon vor einiger Zeit eine Rede zum Thema Lebensqualität teilweise mit wörtlichen Formulierungen des SPD-Präsidiumsmitglieds Dr. Erhard Epplers bestritt!

Hauptsache, der mündige Bürger, wie ihn Dr. Filbinger sich vorstellt, wird vor der Verwandlung unseres Gemeinwesens "in einen anonymen seelenlosen Mechanismus", vor einem "allgewaltigen Versorgungsstaat, in dem der Faule den Fleißigen ausbeutet", und nicht zuletzt vor dem "Eindringen von Radikalen in den öffentlichen Dienst" gewarnt. Aber der Leser wird wieder skeptisch, wenn er zur Kenntnis nimmt, daß Dr. Filbingers Regierung "jedem Bürger erstmals (!) freien Zugang zur Natur sichern" will und weiter fordert: "Weder körperlich, noch seelisch darf das Kind überfordert werden". Wenn da nicht Radikale den Verfassern die Feder geführt haben...

Und schließlich macht der Dr. Filbinger auch noch Anleihen beim Godesberger Programm der SPD: Freiheit und Solidarität sind für ihn Grundlagen der modernen "Sozialpolitik". Warum hier wohl der dritte der Grundwerte des Sozialismus, die Gerechtigkeit, fehlt?

Der Leser legt die Zwischenbilanz der südwestlichen Christdemokraten aus der Hand und wünscht dem Bergsteiger Dr. Filbinger viel Glück bei seiner Gratwanderung zwischen Sozialismus und Courthe-Mahler.

Anton Berghoff
(-/29.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Eine Investition für die Zukunft

Berlin-Tegel wird Zentralhafen für den Luftverkehr

Von Dr. Karl König

Senator für Wirtschaft von Berlin

Am 23. Oktober 1974 wird die neue Abfertigungsanlage auf dem Flughafen Berlin-Tegel eingeweiht. Am 1. November 1974 beginnt offiziell der Flugbetrieb auf dem neuen im Süden gelegenen Teil des Flughafens Berlin-Tegel. Damit erhält Berlin (West) einen neuen, allen Anforderungen des modernen Luftverkehrs gewachsenen Flughafen, der auch für künftige Entwicklungen weiter ausgebaut werden kann.

Die Planung der Flughafenanlage Tegel-Süd geht bis in die 60er Jahre zurück. Aufgrund damaliger Prognosen mußte erwartet werden, daß die Berliner Luftpassagierzahlen im Jahre 1974 eine Größenordnung von sieben bis acht Millionen annehmen. Die Kapazität von Tempelhof reichte für dieses Fluggastaufkommen nicht mehr aus. Ein weiterer Flughafen mußte ausgebaut werden, um die zu erwartenden Passagierströme in Berlin bewältigen zu können. Die Funktion des zweiten Flughafens in Berlin (West) sollte nur die eines Ergänzungsflughafens sein.

Mit Wirksamwerden des Berlin-Abkommens und des dazugehörigen Transit-Abkommens verlagerte sich ein erheblicher Teil des Fluggastaufkommens zur Straße bzw. auf die Schiene. Seit 1972 ist die Zahl der Passagiere im Luftverkehr um rd. zehn vH. jährlich zurückgegangen. Für das Jahr 1974 werden voraussichtlich insgesamt 4,5 Millionen Fluggäste im Berlin-Verkehr einschließlich des Charterflugverkehrs erwartet. Die eingetretene Zäsur in der Fluggastzahlentwicklung führte zu der Frage, ob nicht der neue Flughafen Berlin-Tegel anstelle von Tempelhof als neuer Zentralflughafen für den gesamten Berliner Luftverkehr genutzt werden sollte.

Hierfür spricht vor allem auch die technologische Entwicklung in der Luftfahrt. Großraumflugzeuge wie der Jumbo-Jet Boeing 747 oder der Airbus A 300 B können nur den Flughafen Berlin-Tegel mit seiner bereits 1973 fertiggestellten 3.000 m langen Start- und Landebahn anfliegen. Sie gewährleistet nach Installierung zusätzlicher Flugsicherungseinrichtungen Starts und Landungen auch bei sehr schlechtem Wetter, d.h. bei Mindestsichtbedingungen von 30 m vertikaler und 400 m horizontaler Sicht (Kategorie II gemäß ICAD). Ein weiterer Ausbau für den Flugbetrieb, der völlige Blindlandungen (Kategorie III) zuläßt, ist möglich. Tempelhof kann wegen der zahlreichen Hindernisse in seiner Umgebung nicht entsprechend ausgebaut werden. Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit des Luftverkehrs auch bei schlechtem Wetter sind aber gerade in Berlin außerordentlich wichtig.

Ein Blick auf die Besiedlungsstruktur in der Umgebung des Flug-

hafens Berlin-Tegel zeigt, daß die Fluglärmbekämpfung hier weit-
aus günstiger ist als in Tempelhof. Eine Verlagerung des Flugbe-
triebs von Tempelhof nach Tegel bedeutet keine Verlagerung, son-
dern eine wesentliche Verminderung des Fluglärms für die Bürger
unserer Stadt. Die Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnah-
men in den Lärmschutzbereichen nach dem gegenwärtig vorbereiteten
Berliner Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (z.B. schalldämmende
Fensterscheiben) werden durch den Umzug auch des Linienverkehrs
von Tempelhof nach Tegel erheblich niedriger sein. Auch für Maß-
nahmen des aktiven Schallschutzes, wie z.B. den Bau einer Schall-
schutzkabine für Triebwerkprobeläufe oder für lärmindernde An-
und Abflugverfahren bzw. Routenführung bietet der Flughafen Tegel
entscheidend günstigere Voraussetzungen.

Die neue Flughafenanlage hat in ihrer ersten Ausbaustufe eine
Jahreskapazität von fünf Millionen Fluggästen. Dem Neubau liegt das
Drive-in-Konzept zugrunde, das kurze Wege für den Passagier und aus-
reichenden Parkraum für Lang- und Kurzzeitparker in unmittelbarer Nä-
he des Abflugs und der Ankunft vorsieht. Dieses dezentrale Abfertigungs-
system, das für die Zukunft als richtungsweisend gilt, erlaubt ein
unmittelbares Vorfahren vor die jeweilige individuelle Abflugposi-
tion des Fluggastes. Damit werden dem Passagier höchstmögliche Be-
quemlichkeit und kurze Abfertigungszeiten geboten. Dies sind wesent-
liche Verbesserungen für die Fluggäste, gerade bei Kurz- und Mittel-
streckenflügen.

Der Flughafen Tegel wird umfassend an das innerstädtische Verkehrs-
netz angeschlossen. Seine Anbindung an das Straßenverkehrsnetz erfolgt
über eine direkte kreuzungsfreie Zufahrt von der Stadtautobahn. Die
Fahrzeit vom Stadtzentrum wird hierdurch erheblich verkürzt. Neben dem
Individualverkehr werden selbstverständlich auch öffentliche Verkehrs-
mittel (Bus, Taxi) den neuen Flughafen Tegel mit den einzelnen Stadtge-
bieten verbinden. Die U-Bahn-Planung sieht bis Ende der 70er Jahre die
Führung einer U-Bahn-Strecke zum Flughafen Tegel vor. Besonders ist dar-
auf hinzuweisen, daß das neue Kongreßzentrum am Funkturm nur fünf Minuten
Fahrzeit vom Flughafen Tegel entfernt liegt.

Man kann davon ausgehen, daß Tegel für die Mehrzahl der Passagiere
schneller und bequemer erreichbar ist als Tempelhof - obwohl der erste
Augenschein dagegen spricht.

Der neue Flughafen Tegel wird eine der modernsten Flughafenanlagen
sein. Aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen muß er Tempelhof vor-
gezogen werden. Die Aufnahme des Linienverkehrs von PanAm und British
Airways am 1. April 1975 wird dies bestätigen. (-/ 29.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert